

Die stellv. Landrätin Gräfin Strachwitz wies darauf hin, dass der Finanzausschuss im Zuge seiner Sitzung vom 28.11.2008 der Beschlussempfehlung mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion bei Enthaltung der FDP-Kreistagsfraktion sowie der Rechnungsprüfungsausschuss der Beschlussempfehlung in seiner Sitzung vom 10.12.2008 einstimmig bei Enthaltung der SPD- und FDP-Kreistagsfraktionen zugestimmt habe. Der Kreisausschuss habe in seiner heutigen Sitzung mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion bei Enthaltung der FDP-Kreistagsfraktion die Beschlussempfehlung mitgetragen.

Abg. Döhl führte aus, mit dem heutigen Beschluss komme ein jahrelanger Prozess zum Abschluss, den die Verwaltung mit Bravour gemeistert habe, wofür insbesondere der Kämmerei ausdrücklicher Dank gebühre. Umso überraschter sei man, dass dies nicht auf ungeteilte Gegenliebe aller Fraktionen stoße. Er appelliere an die SPD- und FDP-Kreistagsfraktionen, ihre Einstellung zu überdenken, zumal klare Rahmenfakten gegeben seien. Der Kreistag habe mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner eine der führenden Gesellschaften auf diesem Gebiet in Deutschland einstimmig beauftragt, diese Eröffnungsbilanz zu prüfen. Der Wirtschaftsprüfer habe nunmehr einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, was mit der Schulnote „Eins“ vergleichbar sei. Dieses Prüfergebnis sei zu respektieren, man dürfe hiermit nicht „herumspielen“. In der Privatwirtschaft würde solche Kritik dazu führen, dass z.B. bei Banken, die Kredite vergeben, die „Warnlampen leuchten“.

Abg. Hartmann erinnerte zunächst an Prüfberichte zur RSAG, wo man habe erkennen können, welchen Schaden politisches Handeln einzelner Abgeordneter der Öffentlichkeit zugefügt habe. Selbstverständlich habe man nunmehr diesen Prüfungsauftrag mitgetragen. Wenn das Ergebnis eines solchen Verfahrens aber sei, dass man sich auf „Wohl und Wehe“ dem Prüfergebnis der Wirtschaftsprüfung unterwerfe, dann verkenne man die politische Aufgabe eines Kreises. Denn am Ende rate die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nur, ob der Prüfungsvermerk zu unterzeichnen sei. Diese gesetzlich dem Rechnungsprüfungsamt, Rechnungsprüfungsausschuss und Kreistag übertragende Aufgabe dürfe nicht einseitig auf die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verlagert werden. Er verwies auf die Sitzungen des Finanz- und des Rechnungsprüfungsausschusses, wo diese Thematik nach dem Willen der Mehrheitsfraktion nach 15 Minuten abgehandelt gewesen wäre. Hier seine keine entsprechende Präsentation des Prüfers mit Kennzahlen zum wirtschaftlichen Lagebericht erfolgt. Seine Fraktion habe in diesen Sitzungen ihre unterschiedlichen Auffassungen dargelegt. Auch erkenne man eine politische Zielrichtung mit dieser NKF-Eröffnungsbilanz. An zwei Stellen habe man die NKF-Systematik verletzt gesehen: Zum einen bei den Instandhaltungsrückstellungen, die auf „Null“ gesetzt worden seien. Natürlich könne man die Gebäudewerte des Kreises herunterrechnen und die Instandhaltungsrückstellungen auf „Null“ setzen. Dies verkenne aber Sinn und Zweck der NKF-Eröffnungsbilanz, den Ressourcenverbrauch zu dokumentieren. Zum anderen habe man im Zuge politischer Lageberichte das Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben mit zu beschließen. Hierzu sei erklärt worden, dass die Einnahmen die Ausgaben nicht decken, weil der Umlagesatz nicht auskömmlich ist. Dies stehe im zentralen Widerspruch zur Aussage des Regierungspräsidenten in seiner Rundverfügung vom 08.12.2006, wonach ein Haushalts sicherungskonzept nicht genehmigungsfähig sei, wenn der Haushaltsausgleich alleine durch die Erhöhung von Einnahmepositionen erreicht werde. Die Inhalte im politischen Lagebericht dieser NKF-Eröffnungsbilanz widersprechen somit der Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht. Seine Fraktion mache Kritikpunkte am Verfahren und an der materiellen Aussage zu dieser NKF-Eröffnungsbilanz geltend, weshalb man sich enthalten werde.

Abg. Dr. Lamberty schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an. Seine Fraktion habe dies ausführlich diskutiert und sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Natürlich sei die aufgestellte Eröffnungsbilanz juristisch korrekt und habe das uneingeschränkte Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bekommen. Die politische Bewertung dessen, was in der Eröffnungsbilanz enthalten sein müsse, teile man aber nicht. So sei man nicht einverstanden mit der Bewertung der RWE-Aktien, obwohl formal korrekt auf Basis des Jahres 2007 aufgestellt. Die Realität sei aber längst eine andere. Man müsse dann zumindest erwarten, dass dies im Lagebericht zur Kenntnis genommen und evtl. Nachbesserungen ins Auge gefasst werden. Auch habe man die Abschreibungsfristen für Brücken und Straßen im Rechnungsprüfungsausschuss kritisiert, die formal natürlich korrekt, erfahrungsgemäß aber unrealistisch seien. Hier werde die Eröffnungsbilanz politisch schön gerechnet. Deshalb könne man dem auch nicht vorbehaltlos zustimmen, sondern werde sich enthalten.

Abg. Dr. Fleck ergänzte, die Eröffnungsbilanz müsse man ablehnen, weil sie „schön gerechnet“ sei, Bereits der Regierungspräsident habe im vergangenen Jahr festgestellt, dass sich die Kommunen ihre Vermögen „schön rechnen“. Hier seien Phantasiewerte für Vermögen enthalten, die keinen Marktwert hätten.

Abg. H. Becker stellte fest, dass niemand die Eröffnungsbilanz als unrechtmäßig qualifiziere. Die Bilanz bewege sich offensichtlich im Rahmen dessen, was buchungstechnisch möglich und in Ordnung sei. Nun werde erstmalig Kritik hieran hinterlegt, was in den Ausschüssen nicht erfolgt sei. Logische Konsequenz in den Ausschuss-Sitzungen hätte es aber sein müssen, entsprechende Anträge zu diesen Kritikpunkten zu stellen. Dies wiederum hätte zur Folge gehabt, dass die Eröffnungsbilanz für den Kreis einen „schlechteren“ Wert aufweisen und dann entweder zur Anhebung der Kreisumlage oder aber zur Realisierung von Einsparungen im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzepts führen würde. Seine Vorredner wüssten, dass sie das gegenüber ihren Bürgermeistern und Stadtratsfraktionen aber nicht durchhalten würden.

Abg. Pagels wies auf die kontroversen Diskussionen im Rechnungsprüfungsausschuss im Hinblick auf die Abschreibungsfristen für Brücken und Straßen hin. So werde der Bau- und Vergabeausschuss dieses Thema noch einmal ausführlich mit Fachleuten diskutieren. Seine Fraktion werde die Eröffnungsbilanz insoweit nicht ablehnen, sondern sich enthalten.

Abg. Recki führte aus, sie habe die Finanzausschuss-Sitzung als eine „reine Farce“ empfunden, was sie als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses auch klar kundgetan habe. Man hätte zumindest eine angemessene Präsentation der Prüfergebnisse durch den Wirtschaftsprüfer und einen Vortrag des Kämmerers erwarten dürfen. Die SPD-Fraktion habe auch versucht, hierzu Anträge zu stellen, die durch Verweise in den Kreisausschuss und Kreistag unterlaufen worden seien. Sie habe sich als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses daher sehr schwer damit getan, den Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses zu unterschreiben. Nach wie vor dränge sie auf eine Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt noch in der Wahlzeit dieses Kreistages, damit die Legislaturperiode vernünftig abgeschlossen werden könne.

Abg. J. Becker wies den Vorwurf, die Beratung im Finanzausschuss sei eine Farce gewesen, mit Nachdruck zurück. Seine Fraktion habe sich in mehreren Fraktionssitzungen sowie der Klausurtagung mit der Thematik befasst und sei insoweit zu einer Meinungsbildung gelangt, weshalb kein Wunsch nach weiteren Präsentationen bestanden habe. Die SPD-Fraktion habe dagegen nach Gründen gesucht, um dieser Eröffnungsbilanz die Zustimmung versagen zu können. Bei ihrer Enthaltung handele es sich um ein politisch taktisches Votum, um sich „nicht festnageln zu lassen“ und später darauf zurückzukommen zu können.

Abg. Hartmann nahm Bezug auf die Beratungen im Finanzausschuss. Hier habe seine Fraktion beantragt, dass der Lagebericht „anders geschrieben werden müsse“, da er die Lage des Kreises nicht wieder spiegele. Auch habe man nachgefragt, ob die Kämmererei Überarbeitungsbedarf sehe, was verneint worden sei. Zudem habe man die Auffassung abgelehnt, dass sich die politische Lage des Kreises ausschließlich über Einnahme- und Ausgabereaktionen, was die Kreisumlage angehe, darstellen lasse, und dies völlig unabhängig von der NKF-Eröffnungsbilanz. Seine Fraktion habe sich auf Klausurtagungen und Fraktionssitzungen zu der Thematik beraten, zu dem Verfahren in den Ausschüssen Stellung genommen und auch externen Sachverständigen hinzugezogen. Auf dieser Basis habe man ein anderes Votum gefasst, was legitim sei. Deshalb lasse sich seine Fraktion politisch nicht provozieren und lehne diese Eröffnungsbilanz auch nicht ab, sondern werde sich enthalten.

Abg. H. Becker ging nochmals auf die Beratungen im Finanzausschuss ein. Im Protokoll sei nachvollziehbar, dass sein Vorredner in dieser Sitzung ausschließlich auf die Bewertung der RWE-Aktien eingegangen sei. Weitere Anträge seien nicht gestellt worden. Wenn aber jetzt - im Dezember 2008 - verlangt werde, entgegen den Bewertungen zum Stichtag 01.01.2008 die Eröffnungsbilanz in Bezug auf die RWE-Aktien deutlich herunterzuwerten, sei dies zwar durchaus möglich. Dann müsse man aber auch den „Mumm“ haben, dies in Kenntnis der unmittelbaren Folgen für die Kreisumlage bzw. ein Haushaltssicherungskonzept zu beantragen. Ansonsten sei dies unseriös und „ein Stück Show“. Es sei

zudem bekannt, dass im Jahr 2010 erhebliche Lasten auf uns alle zukommen, unter anderem im Hinblick auf den Stichtag 31.12.2009 im Finanzmarktrettungsgesetz des Bundes.

Abg. Döhl nahm Bezug auf die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses, in der aufgrund von Nachfragen aus der SPD-Fraktion zur Gebäudebewertung ausgiebig informiert worden sei. Offensichtlich habe man diese Informationen aber nicht zur Kenntnis genommen und trage die gleichen Kritikpunkte nun erneut vor. Es wäre eine schöne Geste gewesen, hätte man die Größe besessen, heute zuzustimmen.

Der Landrat übernahm sodann wieder den Vorsitz. Er dankte der stellv. Landrätin für die Sitzungsleitung sowie den Kreistagsfraktionen für die vorbehaltlose Entlastung unter den Tagesordnungspunkten 12 und 13.